

# HAMBURG

DIE WELT | DIENSTAG, 7. FEBRUAR 2017 | SEITE 25



**Messe**  
Die aktuellen Reiseträume  
der Hamburger Seite 26

## STADT IM FOKUS

### JUSTIZPANNE

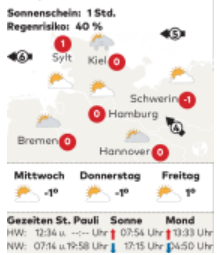
#### Hinweis auf Angriff nicht weitergegeben

Der später auch umgesetzte Plan eines Untersuchungshäftlings, im Gerichtssaal seine Ex-Freundin anzugreifen, ist dem Gefängnis nach Angaben der Hamburger Staatsanwaltschaft eine Woche vorher bekannt gewesen. Der Hinweis sei aber nicht an die Staatsanwaltschaft oder das Gericht weitergeleitet worden, sagte Oberstaatsanwältin Nana Frombach am Montag. „Das versuchen wir weiter aufzuklären.“ Der 39-Jährige hatte am 31. Januar seine Ex-Freundin im Zeugenstand gewürgt und mit einer selbst gebastelten Stichwaffe verletzt. Als der Staatsanwalt eingriff, erlitt dieser ebenfalls eine leichte Schnittwunde am Hals. Auch der Angeklagte selbst zog sich Verletzungen zu. Der 39-Jährige soll schon im Oktober gegenüber einem Mithäftling geäußert haben, dass er seine ehemalige Freundin nach der Entlassung umbringen werde. Frombach bestätigte, dass er Briefe an die 25-Jährige geschrieben hatte, die anfangs freundlich waren, dann aber aggressiver wurden. Zu der Verhandlung im Gerichtssaal, bei der es um einen früheren Angriff auf die Frau ging, hatte ihn nur eine Justizbeamtin geführt. Dass es sich dabei um eine Auszubildende handelte, wie die „Bild“ berichtete, konnte die Oberstaatsanwältin nicht bestätigen. Noch unklar ist, wie der Mann die Waffen, eine angespitzte Zahnbürste und eine Art Carter, in das Justizgebäude schmuggeln konnte.

### WETTER

#### Viele Wolken, nur etwas Sonne

Die Wolken überwiegen, und die Sonne kommt nur hier und da mal für kurze Zeit zum Vorschein. Vereinzelt fallen ein paar Schneeschauer. Minus 1 bis plus 1 Grad werden erreicht. Der Wind weht mäßig bis frisch, an der Nordsee stark.



### HAMBURGISCHE BÖRSE

#### Aurubis ohne Aufwärtspotenzial

Die französische Investmentbank Exane BNP Paribas hat die Hamburger Kupferhütte Aurubis von „Outperform“ auf „Neutral“ abgestuft und das Kursziel von 58 auf 57 Euro gesenkt. Analyst Daniel Lurch begründete seine negativere Einschätzung in einer Studie vom Montag mit dem Hinweis, dass die Aktie des Kupferproduzenten, der im Haspax gelistet ist, mittlerweile angemessen bewertet sei und kaum noch Aufwärtspotenzial habe.



## Auch so können Studentenwohnheime aussehen

Die Studentenwohnheime des vergangenen Jahrhunderts: vergilbte Vorhänge, verstaubte Gemeinschaftsküchen, Mobiliar auf besserem Sperrmüllniveau. Heute erinnern die Zimmer eher an Hotels, alles ist nicht nur zweckmäßig, sondern sogar auch etwas schön. In der HafenCity am Lohsepark wird gestern der Grundstein für ein neues Heim des Studentenwerks gelegt. Und, wie passend,

auch gleich für ein neues Hotel, ein „Holiday Inn“, „Prägnantes Merkmal des neuen Gebäude-Ensembles ist das harmonische Zusammenwirken der einzelnen Quartiersteile, die ganz unterschiedliche Zielgruppen ansprechen“, verspricht das ECE-Projektmanagement. Im Herbst 2018 sollen die Bauten, die nach Helmut Schmidt benannt werden, fertig sein. Seite 25

# Opfer sucht selbst nach Einbrechern

Mit Bildern aus seiner Überwachungskamera fahndet ein Mieter auf Facebook nach den Tätern. Das Video wurde bereits mehr als eine Million Mal geklickt. Doch Polizei und Datenschützer warnen



Die Filmaufnahmen des Einbruchs lud der Mieter auf Facebook hoch

Zwei Mal knallt es kurz, wenige Sekunden später ist die Terrassentür mit einem Brecheisen aufgestemmt. Zielgerichtet schwärmen drei junge Männer im Schutz der Dunkelheit in die Erdgeschosswohnung in Hamburg-Fuhlsbüttel aus. Sie durchforsten die Wohnung nach brauchbarem Diebesgut, gehen dabei äußerst leise vor, während sie sich abstimmen – ihr Verhalten wirkt routiniert, es sind Profis, es dürfte nicht ihr erster Einbruch sein. Doch was den drei Männern nicht auffällt: Ihr Einbruch am vergangenen Sonntagabend gegen 18:30 Uhr wird gefilmt. Eine Nachtsichtkamera, offenbar in einem Regal installiert, zeichnet die Diebstahlsur auf. Wenige Stunden später landen die Aufnahmen auf Facebook.

Der Mieter der Wohnung, Rene M., hat knapp zwei Minuten der Filmaufnahmen auf seinem Profil hochgeladen – mit der Bitte um Hinweise auf die Täter. Das Video verbreitet sich in Windeseile: Mittlerweile wurde der Clip mehr als 1,3 Millionen Mal angesehen und mehr als 30.000 Mal geteilt.

VON DENIS FENGLER UND JAKOB KOCH

„Wenn die jemand kennt“, schreibt Rene M., „bitte pin an mich.“ Pin ist die Abkürzung für persönliche Nachricht. Er hoffte, erklärte M. am Montag im Gespräch mit der „Welt“, dass mit den Bildern zusätzlich zu den polizeilichen Ermittlungen Hinweise auf die Täter ge-

macht werden können. Er habe befürchtet, dass die Polizeiarbeit in dem Fall nicht ausreicht. „Als ich hier vor eininhalb Jahren hergezogen bin, haben mich meine Nachbarn gewarnt, dass schon mehrere Male in der Siedlung eingebrochen wurde – daher die Nachtsichtkamera“, sagt M. Mit dem Lesen der Facebook-Nachrichten an ihn komme er nicht hinterher, so viele seien es mittlerweile. Er hoffe aber, dass durch seinen Fahndungsauftrag die Täter geschnappt werden. Und dass dann auch wieder auftaucht, was die Einbrecher mitnahmen: seine Spielkonsole, das iPad und seine Geldbörse.

Bei der Polizei hatte M. noch am gleichen Abend Anzeige erstattet. Seitdem laufen die Ermittlungen. Dennoch ist man im Polizeipräsidium in Alsterdorf nicht über M.'s Vorpreschen erfreut. Die Videoaufnahmen nämlich waren noch gar nicht bei den Ermittlern des Falls angekommen, da hatten sie sich auf Facebook bereits zum viralen Hit entwickelt. Doch das ist nicht der einzige Grund für die Kritik, die Polizeisprecher Ulf Wunderack am Montag äußerte: „Wir raten dringend davon ab, als Privatperson solche Aufnahmen zu veröffentlichen. Es hat zum einen rechtliche Gründe, aber auch mögliche Gefährdungsaspekte spielen eine Rolle.“ Denn wie diejenigen reagieren werden, die sich selbst mit Bild in Internet wiederfinden, sei nicht einschätzbar.

Massive Bedenken gegen diese Art der „digitalen Selbstjustiz“ hat auch Hamburgs oberster Datenschützer, der Datenschutzbeauftragte Johannes Caspar. Schließlich trage man dabei ähnliche Risiken wie bei anderen Formen der Selbstjustiz: „Das gilt insbesondere für das Risiko, dass die abgebildete Person gar nichts mit der Sache zu tun hat oder dass ebenfalls unbeteiligte Personen mit abgebildet werden und eine Veröffentlichung damit gegen datenschutzrechtliche Regelungen verstößt.“

Recht der Einbrecher habe ein Recht am eigenen Bild, betont Klaus Lodigkeit, Hamburger Fachanwalt für Urheber- und Medienrecht. „Ein Bild auch eines Straftäters darf nicht einfach ver-

öffentlicht werden.“ Fahndungen dieser Art seien den Strafverfolgungsbehörden vorbehalten und nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung erlaubt oder „wenn die Identitätsfeststellung sonst wesentlich erschwert ist.“ Generell sei das Video der Polizei zu übergeben, sagt Lodigkeit, der M.'s Motivation dennoch nachvollziehen kann: „Rein menschlich gibt es sicherlich gute Gründe, die für eine Veröffentlichung sprechen.“ Zudem werde bei manchen Delikten die Abwägung durch die Gerichte nur unzureichend getroffen, „und durch die Verzögerung der Veröffentlichung kommt es nicht zur Aufklärung der Tat.“

Grundsätzlich, sagt Caspar noch, fallen Aufnahmen in den eigenen vier Wänden nicht unter das Datenschutzrecht – bis sie ins Internet hochgeladen werden und insbesondere auf Facebook landen. Damit nämlich erteile man dem Internetkonzern „eine übertragbare, gebührenfreie, weltweite Lizenz für die Nutzung“ der Fotos und Videos. „Dies kann man an Videos, die andere Menschen zeigen, aber nicht, weil man nicht über die weltweiten Rechte an dem Video verfügt“, so Caspar. Erhebliche rechtliche Risiken drohten.

Rene M. jedoch hat vorerst andere Sorgen. Unmittelbar nach dem Einbruch habe er zunächst bei einem Bekannten Unterschlupf gefunden, sagte er. Mittlerweile schlafe er wieder in seiner Wohnung – angesichts des Einbruchs jedoch mit einem überaus unangenehmen Gefühl.

## „Elbvertiefung wird Hamburg nicht helfen“

Alexander Porschke lobt Kläger vor Urteil in Leipzig

Der Vorsitzende des Nabu Hamburg, Alexander Porschke, hält bei der Urteilsverkündung zur Elbvertiefung am kommenden Donnerstag in Leipzig mehrere Varianten für denkbar. Ungeachtet des Ausgangs aber hätten die klagenden Umweltverbände schon jetzt dazu beigetragen, die Umwelt bei einem Ausbauteil Elbe besser zu schützen, als es ohne eine Klage beim Bundesverwaltungsgericht möglich gewesen wäre. Porschke, früherer Hamburger Umweltminister, führte beispielhaft den Stopp des Schlickbaggerns während der Laichzeiten des geschützten Elbfisches Finte oder aber bessere Ausgleichsflächen für den Schierlingswasserfenchel im Falle einer Fahrrienenanpassung an. „Wir haben einiges erreicht“, sagte er der „Welt“.

VON OLAF PREUSS

Hamburg und der Bund wollen die Fahrriene der Elbe zwischen Hamburg und der Nordsee stellenweise vertiefen und verbreitern. Die Umweltverbände Nabu und Bund, unterstützt vom WWF, hatten dagegen 2012 beim Bundesverwaltungsgericht geklagt. Der 7. Senat des Gerichts spricht sein Urteil am Donnerstag um zehn Uhr. „Es kann ein Urteil ganz ohne weitere Auflagen werden, aber die Planungsbehörden haben ja auch während des Verfahrens schon erheblich nachgebessert“, sagte Porschke. „Es kann ein Urteil mit weiteren Auflagen dabei herauskommen oder aber auch eine erneute Anrufung des Europäischen Gerichtshofes, sofern dem Bundesverwaltungsgericht eine präzise Auslegung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie noch immer nicht möglich ist. An eine komplette Aufhebung des Planfeststellungsbeschlusses zur Fahrrienenanpassung durch das Gericht glaube ich nicht.“

Porschke bezweifelte, dass ein Ausbau der Elbfahrriene dem Hamburger Hafen einen neuen Wachstumsschub bringen wird. Für April erwartet Hamburg den ersten Anlauf eines Frachters mit 20.000 Containerereinheiten (TEU) Kapazität. „Der Containerumschlag in Hamburg stagniert nicht wegen des schwebenden Verfahrens zur Elbvertiefung, sondern deshalb, weil sich die Warenströme des Welthandels – besonders in den Chinaverkehr – in den vergangenen Jahren völlig verändert haben. Der Containerboom der Nullerjahre wird nicht wiederkommen. Das sieht man ja auch bei Konkurrenzhäfen wie Bremerhaven oder Rotterdam. Wir brauchen die Elbvertiefung nicht.“

Porschke räumte allerdings ein, dass der Hamburger Hafen wegen der wachsenden Schiffsbreiten ein Problem bei den Begegnungsverkehr von Großschiffen habe. In der Hamburger Hafenvirtschaft gibt es Überlegungen dazu, wie zumindest die geplante „Begegnungsbox“ zwischen Wedel und Wittenbergen zügig realisiert werden könnte, falls das Gericht das gesamte Projekt der Fahrrienenanpassung weiterhin aufhalten sollte. „Wir waren zu ernsthaften Gesprächen immer bereit und sind es auch weiterhin“, sagte Porschke.

# Hamburg will weiter nach Afghanistan abschieben

In anderen Bundesländern wachsen die Bedenken wegen der Sicherheitslage in dem Land. Flüchtlingsrat protestiert gegen Abschiebungen

Hamburg hält an Abschiebungen abgeleiteter Asylbewerber nach Afghanistan fest. Für den Stadtstaat habe sich nichts geändert, sagte ein Sprecher der Innenbehörde der „Welt“. In mehreren anderen Bundesländern indes wachsen Medienberichten zufolge die Bedenken an der Praxis.

VON JANA WERNER

Demnach zweifeln nach Schleswig-Holstein und Berlin nun auch Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz an der Sicherheitslage in Afghanistan, berichteten die Zeitungen der Funke Mediengruppe am Montag.

Das Bundesinnenministerium hatte nach dem Abschluss eines Rückfüh-

rungsabkommens mit Afghanistan im Oktober die Bundesländer aufgefordert, abgeleitete Asylbewerber konsequent abschieben. Daraufhin fand im Dezember die seit Jahren erste bundesweite Sammelabschiebung von Frankfurt nach Kabul statt. In diesem Flieger saßen 34 Menschen, darunter sieben abgeleitete Asylbewerber aus Hamburg. Das Vorgehen ist umstritten, weil sich in weiten Teilen Afghanistans Regierungstruppen und radikalisierende Taliban bekämpfen. Zudem ist die Anschlaggefahr groß. Der neueste Bericht des UN-Flüchtlingswerks spricht davon, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan zuletzt drastisch verschlechtert habe.

Die Bundesregierung sieht jedoch keinen Grund, ihre Haltung zu den Ab-

schiebungen in das Land zu ändern. Hamburg hat mit rund 20.500 Mitgliedern bundesweit eine der größten afghanischen Gemeinschaften. Bei Abschiebungen will die rot-grüne regierte Hansestadt weiter das Mittel der Einzelfallprüfung „sehr sorgfältig und intensiv nutzen“, wie es aus der Innenbehörde hieß. Die Zahl der potenziell Betroffenen liege insgesamt im „zweistelligen Bereich“. Von einer Abschiebung bedroht sind vorwiegend Straftäter sowie „alleinreisende oder alleinstehende Männer, die nicht durch Integrationsmaßnahmen aufgefallen sind“, wie der Behördensprecher betonte. „Frauen, Kinder, Familien, Personen über 65 Jahren und unbegleitete Minderjährige würden nicht ausgewiesen.“

Generell von einer Abschiebung ausgeschlossen sind alle Afghanen, die auch eine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. 2012 haben sich laut Innenbehörde mehr als 4700 Afghanen in Hamburg einbürgern lassen. Ebenfalls sicher seien jene rund 2600 Afghanen, die eine Niederlassungserlaubnis haben, weil sie schon in der Vergangenheit als Asylbewerber anerkannt wurden oder Angehörige von Deutschen sind. Zudem müssten rund 6500 Afghanen mit einer Aufenthaltserlaubnis auf absehbare Zeit nicht mit einer Ausweisung rechnen. Ferner von einer Abschiebung ausgeschlossen sind mehr als 7400 Afghanen, deren Asylverfahren noch laufen.

Mit einem „Flughafen-Theater“ will der Hamburger Flüchtlingsrat am kom-

menden Sonntag im Hamburger Helmut-Schmidt-Airport gegen Abschiebungen nach Afghanistan protestieren. Die Vorstellung beginnt um 12 Uhr im Terminal 1, wie die Veranstalter mitteilen. Der Flughafen als zentraler Ort der Abschiebung sei ein Ausdruck „rassistischer Politik“. Der Protest richtet sich auch gegen das Abschiebegericht, in dem abgeleitete Asylbewerber bis zu vier Tage festgehalten werden können.

Veheмент kritisieren auch die Linken in der Bürgerschaft die Abschiebepolitik von Rot-Grün. Wer trotz der Lage in dem von Krieg und Terror geschüttelten Land abschiebe, nehme Verletzung und Tod der Abgeschobenen in Kauf, sagte die flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion, Christiane Schneider.